

Investitionen im Wohnbau zu, die gleichzeitig dem Ziel des leistbaren Wohnens dienen; hier bleibt die Politik viel zu zaghaft. Schließlich besteht hohes beschäftigungspolitisches Potential durch eine Entlastung der Leistungseinkommen aus Arbeit bei stärkerer Belastung von Vermögensbeständen und Vermögenseinkommen.

Neben der Stimulierung der Arbeitskräftenachfrage besteht eine wichtige Aufgabe der Beschäftigungspolitik in der **Intensivierung von Vermittlungstätigkeit und Qualifizierung von Arbeitslosen und Beschäftigten**. Hier wurden in den letzten Jahren anerkennenswerte und große Fortschritte erzielt. Das Budget für aktive Arbeitsmarktpolitik wurde wesentlich ausgeweitet, die Instrumente geschärft und ganz besonders im Bereich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen unter 19 Jahren bemerkenswerte Erfolge erzielt. Die Kürzung des Bundeszuschusses zur Beschäftigungsoffensive für Menschen mit Behinderung ist hingegen ein falsches Signal. Angesichts steigender Arbeitslosigkeit darf es hier kein Nachlassen geben.

Schließlich kann angesichts der kräftigen Ausweitung des Angebots an Arbeitskräften **die Beschäftigungspolitik nicht erfolgreich sein, wenn sie nicht auch auf eine deutliche Verkürzung der geleisteten Arbeitszeit setzt**. Die Erfahrungen in der unmittelbaren Finanzkrise 2008/09 lehren, in welchem hohem Ausmaß etwa Kurzarbeit und Bildungskarenzen in der Lage sind, die Beschäftigung zu stabilisieren und das Entstehen von Arbeitslosigkeit zu verhindern. Die Arbeitsmarktpolitik muss auch angesichts der steigenden Lebensarbeitszeit bestehende Instrumente wie die Bildungskarenz ausweiten, rasch weiter entwickeln und die Anreize für Überstunden verringern. Eine Verkürzung der Arbeitszeit im Bereich der Vollzeitbeschäftigung würde nicht nur eine Verringerung der Arbeitslosigkeit mit sich bringen, sondern auch den teilzeitbeschäftigten Frauen eine Ausweitung der Arbeitszeit ermöglichen und wäre eines der wichtigsten Instrumente sozialen Fortschritts für alle zu ermöglichen.

Das Ziel der Vollbeschäftigung und jenes stabiler Finanzlage der öffentlichen Haushalte bilden zwei Seiten einer Medaille. Das Scheitern der europäischen Politik zeigt wie verheerend es ist, wenn sie gegeneinander ausgespielt werden.

3.1.2 Die Steuerstrukturreform

Die österreichische **Steuerstruktur belastet den Faktor Arbeit in einem zu hohen und immer höheren Ausmaß**. Dies wird nicht nur von internationalen Studien angeführt, sondern zeigt sich auch deutlich an der Entwicklung des Anteils der Lohnsteuer an den Steuereinnahmen. Der Anteil stieg von 28,9 % (1998) auf 32,2 % (2013) und wird nach Schätzungen des BMF auf 35 % (2018) zunehmen. Diese 6,1 Prozentpunkte entsprechen 5,5 Mrd Euro. Der Anteil der anderen Steuern ist in diesem Zeitraum zurückgegangen. Insbesondere von Vermögenden würde es sich anbieten einen stärkeren Beitrag für die Finanzierung des Staates zu verlangen.